



Wer hat die Hand auf unseren Daten? Darüber sollen wir künftig Auskunft erhalten.

Foto: Ralf Hirschberger/ dpa

Datenschützer gesucht

Im Internet geben wir intime Dinge preis, aber auch Behörden speichern persönliche Angaben. Eine neue Verordnung soll vor Missbrauch schützen – die Umsetzung macht Probleme. *Von Willi Böhmer*

Der Datenskanal von Facebook ist nur die Spitze des Eisberges“, sagt Ivo Gönner. Sein Partner Gerhard Kongehl ergänzt: „Das größte Problem ist das fehlende Problembewusstsein der Menschen.“ Das ungleiche Duo aus Ulm hat sich zur Aufgabe gemacht, den Datenschutz voranzubringen.

Der professorale Kongehl ist Physiker, Hirnforscher und war der erste Datenschutzbeauftragte in Baden-Württemberg, damals an der Uni Ulm. Er hat in der von ihm gegründeten gemeinnützigen Ulmer Akademie für Datenschutz und IT-Sicherheit (Udis) seit den 80er Jahren mehr als 2500 zertifizierte Datenschützer ausgebildet. Sie waren die ersten in Deutschland, die eine solche Ausbildung anboten. Der barocke Gönner war 24 Jahre OB von Ulm und als solcher auch Präsident des Städtetages im Land. „Als Oberbürgermeister habe ich mich lange darauf verlassen, dass unsere Daten im Rathaus bestens geschützt werden“, sagt Gönner. Immerhin wurde schon Mitte der 90er Jahre eine Firewall für die Datenleitungen errichtet. Sein Glaube an diesen Schutzwall wurde zehn Jahre später bei einem Besuch im Daimler-Forschungszentrum in Ulm pulverisiert. Die EDV-Experten zeigten ihm, wie einfach es für sie ist, ins städtische Computernetz einzudringen. „Die haben mir die Augen geöffnet.“

Seit seinem Abschied aus dem Rathaus 2016 arbeitet Gönner wieder als Anwalt – und juristischer Partner Kongehls bei den Datenschutzseminaren, die Udis abhält. Zusammengeschweißt hat die beiden ein Wortungetüm, das vielen Unternehmern, Behördenchefs und Vereinsvorsitzenden den Angstschweiß auf die Stirn treibt: die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (kurz EU-DSGVO), die Gesetzescharakter hat und, bindend für alle 27 EU-Staaten, am 25. Mai in Kraft tritt.

Früher gab es in den Udis-Seminaren freie Plätze. Heute sind sie bis Januar 2019 ausgebucht, sagt Kongehl. Dass die neue Verordnung hohe Schutzhürden für den Umgang mit persönlichen Daten enthält, ist seit zwei Jahren bekannt. Auch, dass bei schweren Verstößen millionenteure Bußgelder drohen. Aber nur wenige haben sich darum gekümmert. Auch die Wirtschaft habe sich kaum mit der neuen Verordnung beschäftigt, sagt Gönner. „Jetzt bricht Hektik aus.“ Unternehmen suchen händeringend nach Datenschützern. Der Markt ist leergefegt. Dem Datenschutz gehen die Datenschützer aus.

In der Firma Scanplus im Ulmer Science Park läuft gerade eines der dreiwöchigen Seminare von Udis. Uni-Profes-



Begeistern sich für Datenschutz: Gerhard Kongehl und Ivo Gönner. Foto: Willi Böhmer

soren aus ganz Deutschland und andere Datenschutzexperten halten Vorlesungen. Bis vor kurzem war Stefan Brink, der neue Chef der Aufsichtsbehörde im Land, einer von ihnen. Vier Kurse mit bis zu 20 Teilnehmern bietet Udis jährlich an. 3600 Euro kostet der Kurs. Das ist teuer? Kongehl lacht: „Seit die Nachfrage so hoch ist, gibt es viele Anbieter. Manche Konkurrenten verlangen das für zwei bis drei Tage. Wir müssen das nicht, wir sind ja gemeinnützig.“ Das Zertifikat muss alle vier Jahre aktualisiert werden. Der Andrang ist so groß, dass sie 100 Interessenten pro Kurs aufnehmen könnten. Aber das würde deren Charakter völlig verändern.

Ein sperriges Thema

Das Duo Kongehl/Gönner informiert parallel 16 Datenschützer und Firmensowie Behördenvertreter in zwei Tagen über die neue Verordnung. Was ändert sich? Worauf müssen sie besonders achten? „80 bis 85 Prozent unserer Teilnehmer kommen aus dem Rest der Republik“, sagt Kongehl. Etwa die Deutsche Telekom Osnabrück und die Uni Köln. „Wenn etwa Daten zur Verarbeitung unverschlüsselt an ein billiges Softwarebüro in Indien geschickt werden, müssen

sie einschreiten“, sagt Kongehl. „Entweder sie verschlüsseln künftig oder sie stellen den Versand ein.“

Datenschutz ist ein sperriges Thema, das die Menschen nur interessiert, wenn wieder mal ein Skandal hochkocht. Es ist lange her, seit es die Nation bewegt hat: 1987, als gegen die Volkszählung die halbe Republik auf die Barrikaden ging. Auch Gönner war damals sehr skeptisch. Die Menschen wollten nicht vom Staat ausgespäht werden. Die Verfilmung von George Orwells „1984“ über den totalen Überwachungsstaat war allen präsent. Heute muss Gönner darüber schmunzeln. „Das war im Vergleich zu heute an Harmlosigkeit nicht zu überbieten.“

Die Datensammelwut kennt keine Grenzen mehr. Und es geht nicht nur um die Großen, um Facebook & Co. Dass jetzt auch Städte und Kreise überlegen, Daten ihrer Bürger für Wirtschafts- und Werbezwecke herauszugeben, ist für Gönner völlig unverständlich. Mehr noch bereitet ihm „die grenzenlose Begeisterung der Menschen für die sogenannten sozialen Medien, die oft auch asoziale sind, große Sorgen“. Da werde unbekümmert alles preisgegeben, auch intimste Daten.

Umfassende Verordnung

Die neue EU-Verordnung regelt den Schutz der persönlichen Daten sehr weitgehend. Sie legt fest, dass jede Firma ab zehn Mitarbeitern einen Datenschutzbeauftragten braucht, nicht nur große internationale Konzerne. Seine Stellung im Betrieb ist stark: Er ist weisungsunabhängig gegenüber dem Chef und nur dem Gesetz verpflichtet. Sein Posten ist fast unkündbar. Die

Aufgabe kann auch extern vergeben werden, verantwortlich bleibt der Firmenchef, Vorstandsvorsitzende oder Geschäftsführer. Er ist auch derjenige, der im Zweifelsfall beweisen muss, dass er alles getan hat, um dem Datenschutz gerecht zu werden.

Die Bürger dürfen Auskunft darüber verlangen, welche ihrer Daten gespeichert wur-

den. Wer keine Auskunft erhält, kann sich an die Aufsichtsbehörde wenden. Dann drohen Nachfragen und Bußgelder. Das Unternehmen, das sich außerhalb der EU-Grenzen niederlässt, aber innerhalb Geschäfte macht oder Daten von EU-Bewohnern außerhalb verarbeitet, muss einen Verantwortlichen mit festem Sitz innerhalb der EU anmelden.

Und da kommt die neue Datenschutzverordnung. „Ein Großteil der Menschen steht dem völlig fassungslos gegenüber.“ Das Problem ist, dass den Menschen die Freiheit zu selbstverständlich geworden ist, sagt Kongehl. Dass mit Hilfe dieser Daten unbemerkt persönliche Profile erstellt werden können, die für Produktwerbungen, aber auch für Manipulationen bis hin in den politischen Bereich eingesetzt werden, darüber denke kaum einer nach. Beispiele dafür gibt es genug, sagt Gönner. „Bei der Brexit-Abstimmung in Großbritannien wurde sie genutzt, um Wähler mit passenden Argumenten in eine bestimmte Richtung zu lenken. Wir wissen heute, dass das gemacht wurde. Und im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf ebenfalls.“ Auf die politische demokratische Gesellschaft gehe im Moment ein Trommelfeuer nieder. „Die Aufklärung dringt nicht mehr durch, weil sie als Teil des alten Systems wahrgenommen wird. Man muss nur sagen, was die Leute hören wollen, schon findet man Gehör.“

Das fehlende Problembewusstsein hat mit der Wahrnehmbarkeit von Abläufen für den Menschen zu tun, sagt der Hirnforscher Kongehl. „Was wir nicht wahrnehmen können, existiert für uns nicht – etwa die Vorgänge jenseits des Bildschirms.“ Daher bräuchte es Experten auf diesem Gebiet: „Wir wollen Blindenhunde der Informationstechnik ausbilden.“ Ein anderes Problem im Datenschutz ist die Schnelligkeit. „Wenn du etwas kapiert hast, ist es bereits veraltet.“

„Jeder, der persönliche Daten verarbeitet, muss sich überlegen, wie er damit umgeht und wie er diese schützt“, sagt Gönner. Das betrifft Arztpraxen gleichermaßen wie Handwerksbetriebe und internationale Großkonzerne. Auch Vereine sollten vor der nächsten Hauptversammlung Formulare verschicken und sich von den Mitgliedern die Unterschrift für die Verarbeitung der Daten holen, rät Gönner. „Ich rate zu einer Inventur: Welche Daten von Arbeitnehmern werden erhoben, welche von Kunden? Welche Werbemaßnahmen laufen? Welche Geschäftsverbindungen gibt es?“ Und er rät zur Datensparsamkeit. „Ist wirklich alles notwendig? Oft wird wild gespeichert, auch wenn man die Daten nie wieder braucht.“

Teile der Wirtschaft haben lange gegen die neuen Gesetze opponiert. „Sie sagen, sie brauchen die Daten.“ Man müsse aber auch die von der Datenverarbeitung Betroffenen sehen, nicht nur die Wirtschaft, die freie Hand haben möchte, betont Kongehl. Es gehe um eine Verantwortungs-, nicht um eine Gesinnungsethik. Er sehe in diesem Bereich eine große Gefahr für die Demokratie